

Stadtratsfraktion der Dachauer Grünen

www.gruene-dachau.de



Grüne Stadtratsfraktion Dachau
Thomas Kreß, Karlsbader Ring 65 85221 Dachau

Thomas Kreß
Luise Krispenz
Jasmin Lang
Helmut Esch

Dachau, den 30.09.2014

An den Stadtrat
der Großen Kreisstadt Dachau
zu Händen Herrn Oberbürgermeister
Florian Hartmann
Konrad-Adenauer-Straße 2-6
85221 Dachau

Antrag: Einkommensgestaffelte KiTa Gebühren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen, dass die Gebühren für die KiTas im Stadtgebiet Dachau (alle Einrichtungen, die eine Defizitvereinbarung mit der Stadt haben) einkommensabhängig erhoben werden. Als Beispiel sei hier die Stadt Frankfurt am Main genannt (Bericht im Anhang). Dazu sind die Anmeldungen für diese KiTas zentral über die Stadt durchzuführen.

Begründung:

Die laufenden Kosten für die Kinderbetreuung steigen in für die Stadt nichtbezahlbare Höhen. Da ist es zumutbar, dass Besserverdienende einen höheren Beitrag leisten wie Eltern mit niedrigerem Einkommen. Ab einem Jahreseinkommen der Eltern von mehr als ca. 125 000€ sollte ein kostendeckender Beitrag erhoben werden.

Für die Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN

Thomas Kreß

Frankfurter Rundschau

Frankfurt - 7 | 3 | 2013

KITA-GEBÜHREN FRANKFURT

Gutverdiener zahlen mehr für Kita

Von Sabine Hamacher



Nur für Hochverdiener soll sich die Kita-Gebühr in Frankfurt erhöhen.
Foto: dpa

Die Stadt Frankfurt will die Elternentgelte für Kindertagesstätten erhöhen - aber nur ab einer bestimmten Einkommensgrenze. Die Veränderung der Gebührentabelle will man aber nicht überstürzt angehen.

"Sparen muss sozial ausgewogen passieren", sagt Elke Voitl, Referentin von Bildungsdezernentin Sarah Sorge (Grüne). Deshalb will die Stadt nicht allen Eltern ans Portemonnaie, sondern nur den „Hoch- und Höherverdienenden“. Die sollen ab dem Jahr 2014 für den Platz in einer Kindertagesstätte mehr zahlen als die bisher monatlichen 148 Euro, die zurzeit für die Ganztagsbetreuung fällig sind. Für alle anderen soll sich nichts ändern.

Wie hoch das Elternentgelt für diese noch zu definierende Einkommensgruppe künftig sein wird, kann Voitl noch nicht sagen. Die Stadt geht zwar davon aus, mit dem geplanten Schritt jährlich etwa drei Millionen Euro zu sparen. „Diese Zahl beruht aber nur auf Schätzungen“, sagt Voitl.

Bislang werden Eltern für die Betreuung ihrer Kinder, die älter sind als drei Jahre, nach einem System mit vierstufiger Staffelung zur Kasse gebeten (siehe Grafik). Für Geschwister gibt es Ermäßigungen. Die 148 Euro zahlen bisher alle, deren Familien-Jahres-Steuer-Brutto-Einkommen über 49.100 Euro liegt – das ist Entgeltstufe 1. Darüber solle nun eine „Entgeltstufe 0“ gelegt werden, so Voitl. Wo die Grenze gezogen wird, steht noch nicht fest; es gibt auch keine Daten darüber, wie viel die Mütter und Väter verdienen, die zurzeit in Stufe 1 sind. Geht man davon aus, dass der Schritt von Stufe 1 zu 0 ähnlich wie von Stufe 3 zu 2 oder von Stufe 4 zu 3 gut 12.000 Euro betragen wird, würde die neue Einkommensgrenze etwa bei 61.000 Euro im Jahr liegen. Darauf will sich Voitl aber nicht festlegen. Die Stadt werde die Veränderung der Tabelle nicht überstürzt angehen. „Das wird kein Schnellschuss.“

Die Überlegungen der Stadt finden auch bei den freien Trägern Zustimmung. „Die Grundidee ist gut“, sagt Sabine Drexler-Wagner vom Dachverband BVZ, „und auf jeden Fall besser, als auch alle unteren Stufen anzuheben“. In Frankfurt gebe es „mit Sicherheit genug Arbeitnehmer, die locker auch 250 Euro für den Kita-Platz zahlen könnten“. Andererseits gebe es Eltern in Stufe 4, für die die Erhöhung der Kosten fürs Mittagessen um zwei Euro schon eine Katastrophe sei. Derzeit nehmen die unter dem Dach der BVZ zusammengeschlossenen Kitas zwischen 58 und 65 Euro für die Rundum-Essensverpflegung.

Die Stadt legt das Elternentgelt sowohl für die Kitas ihres Eigenbetriebs als auch für die kirchlichen und einen Teil der freien, gemeinnützigen Einrichtungen fest. Die aktuellen Gebühren gelten unverändert seit 2006.

Neues System auch für Krippen

Nach einem anderen System werden die Einrichtungen bezahlt, die Kinder unter drei Jahren betreuen, Krippen und Krabbelstuben also. Hier gibt es bislang keine Staffelung, die Gebühren wurden zuletzt im Jahr 2009 sogar gesenkt auf nun 198 Euro monatlich für einen Ganztagsplatz. Die Stadt denkt aber darüber nach, die Entgeltsysteme einander anzugleichen. „Wir wollen vereinfachen“, sagt Voitl. „Logisch wäre das gleiche System für alle.“